

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 6. Mai 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 1082 Postulat Syfrig Luzia und Mit. über die Überprüfung von Kleinklassen in der Volksschule / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Luzia Syfrig ist nicht mehr im Rat vertreten. Das Postulat wurde von Gaudenz Zemp übernommen. Gaudenz Zemp hält am Postulat fest.

Gaudenz Zemp: Integration, Chancengerechtigkeit oder gar Chancengleichheit und Inklusion sind wichtige Anliegen. Es sind Ziele für alle Kinder und Jugendlichen an unseren Schulen und in der Gesellschaft als Ganzes. Die integrative Förderung (IF) und die integrative Sonderschulung (IS) stossen jedoch je länger je mehr an ihre Grenzen. In gewissen Gemeinden wurde die Grenze wohl seit längerem überschritten. Der Kanton gibt dies in diversen Abklärungen auch offen zu. Er sagt, dass es Kinder mit Sonderschulbedarf gibt, die extern beschult werden müssten, aber schlichtweg keine Plätze vorhanden seien. Oder noch bedenklicher: Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden an Sonderschulen beschult, und wenn es nicht funktioniert, werden sie an die Volksschule zurückgeschickt. Das Resultat ist, dass Sonderschülerinnen und -schüler sowie Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ beschult werden, und das in einem Umfeld, das in keiner Art und Weise ihren Bedürfnissen gerecht wird. Das hat drei unerwünschte Konsequenzen: Erstens sind Lehrpersonen, Schulleitungen und Fachpersonen belastet und immer häufiger überlastet. Zweitens müssen Kinder mit besonderen Bedürfnissen in der integrativen Schule separiert werden, um die Bildungsqualität für die anderen Kinder und Jugendlichen nicht zu gefährden. Drittens führt das wiederum für alle Beteiligten zu unstablen und unruhigen Klassensituationen. Die Leidtragenden sind unsere Kinder, die nicht bedürfnisgerecht unterrichtet, begleitet und gefördert werden. In mehreren Gemeinden wurden zur Entlastung und Entschärfung von schwierigen Situationen und zum Wohl der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehr- und Fachpersonen Schulinseln geschaffen. Demnächst will auch der Kanton Hand bieten und diese Entlastungen unterstützen. Schulinseln stehen zu unterschiedlichen Zeiten zur Entlastung zur Verfügung und stellen damit ein niederschwellig nutz- und einsetzbares Unterstützungsangebot dar. Sie können in schwierigen Situationen zu einer temporären Entschärfung beitragen und die Klassensituationen beruhigen. Störendes und auffälliges Verhalten hält sich jedoch nicht an einen Stundenplan und tritt spontan und meist ohne Vorankündigung auf. Es braucht eine dauerhafte, intensive und qualifizierte Betreuung. Aus Sicht der FDP-Fraktion stellen Kleinklassen ein bewährtes Mittel dazu dar. Ob der Begriff Kleinklasse heute noch zeitgemäss ist oder stigmatisierend wirkt, ist noch zu klären. Eventuell sollte ein neuer, passenderer Begriff gefunden werden. Das überlassen wir gerne den

pädagogischen Fachkräften. Die FDP-Fraktion hält an der Erheblicherklärung fest. Es geht uns um eine Prüfung der Schaffung von Kleinklassen – oder wie man sie in der Zukunft auch immer nennen würde – zur Entlastung der integrativen Schule. Wir wollen die Bildungsqualität unter dem Credo «Schule für alle» gewährleisten. Schule für alle soll schliesslich nicht nur die Integration, die Inklusion und die Chancengerechtigkeit von lernschwachen Schülerinnen und Schülern beziehungsweise Kindern mit besonderen Bedürfnissen zum Ziel haben, sondern gerade auch für die durchschnittlichen Kinder eine optimale Voraussetzung für eine erfolgreiche und selbstbestimmte Lebensgestaltung schaffen. Genau das ist heute aber je länger je mehr gefährdet, denn auffälliges Verhalten wird leider häufiger, und die Klassensituationen als Ganzes werden immer stärker belastet. Dadurch sind die Bildungschancen für diese Kinder auch im Schulzimmer gefährdet, vor allem auch jene der durchschnittlichen Schülerinnen und Schüler.

Angelina Spörri: Die Postulantin erkennt und benennt sehr gut die aktuellen Herausforderungen und Folgen, mit denen Schulen, Lehrpersonen und alle weiteren Beteiligten verstärkt zu kämpfen haben. Die Anzahl von Kindern mit Sonderschulbedarf steigt markant an. Dabei sind es aber nicht Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten, die Klassen und Schulen an die Grenze bringen, sondern immer mehr jene mit Verhaltensauffälligkeiten. Diese Kinder sind oft laut, teilweise aggressiv, stören und behindern den Schulalltag teilweise extrem und verunmöglichen eine optimale Beschulung der restlichen Lernenden. Die GLP-Fraktion erkennt die Problematik und die Notwendigkeit, in allen Schulen Möglichkeiten zu schaffen, Schülerinnen und Schüler aus Klassen herauszunehmen. Eine Abkehr von der Integration und eine Wiedereinführung von dauerhafter Separation in Form von Kleinklassen ist aus unserer Sicht aber der falsche Weg. Kleinklassen bringen viele Nachteile mit sich. Das Anspruchsniveau ist automatisch tiefer. Die Wiedereingliederung in Regelklassen ist nur schwer möglich, und auch die Stigmatisierung ist ein Problem, um nur einige Beispiele zu nennen. Studien zeigen, dass Kinder mit Lernschwierigkeiten, die integriert beschult werden, später in der Berufswelt bessere Chancen haben. Die Separation macht also keinen Sinn. Folglich wären vor allem grossmehrheitlich verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche in diesen Kleinklassen. Man lernt aber von der Umgebung, und wenn es in diesen Klassen nur noch verhaltensauffällige Kinder hat, fehlen Vorbilder und gute Beispiele. Es braucht keine Rückkehr zu Kleinklassen, sondern mehr ausgebildete IF- und IS-Lehrpersonen, mehr Inselklassen in den Schulen, mehr Timeout-Plätze und generell eine Stärkung der Schule. Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung, aber es gibt auch Pflichten. Es muss uns gelingen, die Erziehungsberechtigten wieder vermehrt in die Pflicht zu nehmen. Vorgaben und Massnahmenpläne sind vorhanden, sie müssen allenfalls ausgebaut, aber vor allem konsequent durchgesetzt werden. Das sind die wichtigen und nötigen Massnahmen. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Urs Christian Schumacher: Kleinklassen waren über Jahre ein etabliertes Bildungsgefäss für Schülerinnen und Schüler mit Lernproblemen und Verhaltensauffälligkeiten, kurz für Kinder, die etwas mehr Zeit und Zuwendung benötigen. Kleinklassen sind kein Abstellgleis, sondern geben individuell jedem Kind die beste Chance. In der Bildung von Chancengleichheit zu sprechen, verschliesst sich der Tatsache, dass es in der neurobiologischen Entwicklung der Kinder eine grosse Variabilität hinsichtlich Entwicklungstempo und natürlicher Begabung gibt. Ohne Not wurden aus ideologischen Gründen – Chancengleichheit und «Schule für alle» – die Kleinklassen durch das Integrationsmodell ersetzt. Fakt ist, dass sich diese Kinder oft nicht integrieren lassen und in der Regelklasse mit einem riesigen Ressourcenaufwand ein Parallel- oder Sonderprogramm benötigen. Schülerinnen und Schüler mit IF/IS sind in den Regelklassen oft mit dem Stoff, dem Klassensetting und der Klassengrösse überfordert. Sie

fühlen sich dort nicht wohl und werden von anderen Schülern nicht selten ausgeschlossen. Sie erleben tagtäglich, dass sie eine Sonderbetreuung und Sonderbehandlung benötigen, was sich negativ auf den Selbstwert und die Persönlichkeitsentwicklung auswirkt. Des Weiteren laufen die Betreuungskosten mit IF/IS insbesondere wegen Verhaltensauffälligkeiten zunehmend aus dem Ruder. Mit allen Mitteln will man verhindern zuzugeben, dass die Wiedereinführung der Kleinklasse die Lösung wäre. Dann lieber etwas Ähnliches aufwendig konstruieren, das man Schulinseln nennt, obwohl es in der Sache nichts anderes als eine provisorische und improvisierte Kleinklasse ist, die aufwendig ad hoc organisiert werden muss. Der Regierungsrat argumentiert gegen die Kleinklassen mit übergeordneten internationalen und interkantonalen Vorgaben und Meinungen des Berufsverbandes der Psychologen. Zu den Kosten wissen wir: Wenn man es will, ist es bezahlbar, und wenn man es nicht will, ist es immer viel zu teuer. Die SVP-Fraktion ist geschlossen der Meinung, dass die Wiedereinführung der Kleinklassen nicht nur geprüft, sondern umgesetzt werden sollte, und stimmt der Erheblicherklärung zu.

Gerda Jung: Das Postulat wurde vor knapp einem Jahr eingereicht. Inzwischen hat sich in der Gesellschaft und im Schulsystem vieles bewegt und verändert. Der Begriff Kleinklasse wird oft mit Separation und Ausgrenzung assoziiert. Es ist ganz klar nicht die Idee der Mitte-Fraktion zu separieren. Inklusion, sofern machbar und sinnvoll, unterstützen wir sehr. Doch um all die verschiedenen Situationen von Auffälligkeiten, Verhalten und kulturellen Unterschieden aufzufangen und damit umzugehen, braucht es zwingend Strukturen, die den Bedürfnissen gerecht werden. Wir erachten das Pilotprojekt des Sonderschulpools als sehr positiv. Der Kanton bewegt sich. In Schötz und der Stadt Luzern wurde das Pilotprojekt «Sonderschulpool» lanciert. Als Grundlage dient das Projekt «Modell zur Förderung der sozio-emotionalen Entwicklung» mit der Idee, in der Gemeinde separative Schulsettings anzubieten und trotzdem die Integration in der Volksschule zu leben. Es gibt bereits jetzt Gemeinden, welche dieses Setting auf eigene Verantwortung durchführen und finanzieren. Es soll sich sehr bewähren. So könnten den jungen Menschen in vieler Hinsicht die richtigen Lernmöglichkeiten und Umgebungen geboten werden. Die Situation in der Volksschule, ob in der Stadt, in der Agglomeration oder auf dem Land, ist sehr anspruchsvoll. Wenn wir zu unseren Lehrpersonen und den Schulzuständigkeiten Sorge tragen und Menschen motivieren wollen, diesen tollen Lehrauftrag zu leisten, müssen wir handeln. Die Mitte-Fraktion unterstützt das Anliegen des Postulats, sieht jedoch, dass die Schaffung von Kleinklassen überholt ist, und lehnt das Postulat ab.

Irina Studhalter: Die Grüne Fraktion steht hinter der längst überfälligen Umsetzung der Behindertenrechtskonvention. Das bedeutet für uns unter anderem Inklusion statt Separierung. Wir teilen die Einschätzung des Regierungsrates, dass am Modell der integrativen Schule festgehalten werden soll. Ich bin wie sehr wahrscheinlich die meisten Personen im Rat mit einer kompletten Separierung von Menschen mit Behinderungen aufgewachsen. Das ist das Gegenteil einer inklusiven Gesellschaft, die den Zusammenhalt fördert, und widerspricht der Behindertenrechtskonvention der Uno, welche die Schweiz ratifiziert hat. Die integrative Förderung hat das Potenzial, um lernschwache Kinder zu fördern und ihnen Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Das wiederum bietet ihnen komplett andere Möglichkeiten in ihrer eigenen Lebensgestaltung, als wenn sie separiert eingeschult werden. Deshalb sind wir klar gegen einen Rückschritt weg von der IF. Ich höre aber Lehrpersonen, die IF als eine Belastung wahrnehmen. Im Schulzimmer ist viel los, unter den Fachpersonen sind mehr Absprachen notwendig, und das Schulzimmer muss entsprechend eingerichtet werden. Das alles ist mit Aufwand verbunden. Die Ideen sind aber vorhanden: mehr finanzielle Mittel für Lehrmittel und neben Heilpädagoginnen und -pädagogen auch Sozialpädagoginnen und

-pädagogen sowie mehr Lektionen mit Heilpädagoginnen und -pädagogen in der Klasse oder kleinere Klassen. Der zitierte Bericht zur Evaluation von IF und IS sagt relativ deutlich, dass ein Ressourcenproblem besteht. Es gibt zu wenig Ressourcen und zu wenig Flexibilität bei der Verteilung der Ressourcen. Genau dort können wir ansetzen, die Lösungen liegen vor. Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ab.

Urban Sager: Die integrative Förderung in der Volksschule ist ein grosser Erfolg in Bezug auf das demokratische Zusammenleben und das Zusammenleben in einer inklusiven Gesellschaft, auf Chancengerechtigkeit für alle Menschen, auf Bildung für alle und auf den Umgang mit Heterogenität, nicht zuletzt auch aufgrund internationaler Übereinkommen wie der Behindertenrechtskonvention der Uno oder des Behindertengleichstellungsgesetzes der Schweiz (BehiG), das uns gerade in der Volksschule dazu verpflichtet, eine integrative respektive eine inklusive Gesellschaft anzustreben. Auch Menschen, die in der Schule arbeiten, sind grundsätzlich von diesem System überzeugt. Das zeigt nicht zuletzt auch die Evaluation der integrativen Förderung und integrativen Sonderschulung (EFAIVIS) im Kanton Luzern im Schuljahr 2018/2019. Wenn es Kritik gibt – wie von Gaudenz Zemp richtig ausgeführt – beschränkt sich diese fast ausschliesslich auf den Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten und Kindern mit einem sozio-emotionalen Defizit. In diesem Punkt sind sich die Menschen in der Schule einig. Das ist also die grosse Herausforderung. Das Bildungs- und Kulturdepartement (BDK) hat dies erkannt. Zudem wurden bereits mehrere Vorstösse zu diesem Thema überwiesen. Im Zusammenhang mit dem Planungsbericht über die weitere Entwicklung der Volksschule wurde unter anderem auch ein Projekt im Bereich Verhalten auf den Weg gebracht. Dabei geht es nicht zuletzt um präventive Massnahmen, auch im vorschulischen Bereich. Das Problem wurde erkannt, und mit zielführenden Massnahmen soll es im bestehenden System Verbesserungen geben. Die integrative Schule ist für alle Beteiligten ein Erfolgsmodell und stellt im Zusammenhang mit den Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen eine grosse Herausforderung dar. Die Forderung, Kleinklassen einzuführen, fällt komplett aus dem Rahmen. Das Prinzip der frühen Separation in der Volksschule – und daran ändert auch ein anderer Begriff als Kleinklasse nichts – ist etwas, das wir nicht mehr wollen. Sprechen Sie mit Eltern von betroffenen Kindern. Vielleicht sind Sie sogar selbst Eltern von betroffenen Kindern. In diesem Fall sind Sie vehement gegen Kleinklassen, unter anderem auch, weil diese Kinder ihr Leben lang von dieser andauernden Separation betroffen sind. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Daniel Rüttimann: Ich war 30 Jahre lang auf verschiedenen Ebenen der Luzerner Volksschule tätig. Bereits in den letzten 30 Jahren musste sich die Volksschule entwickeln und sich der Zeit anpassen. Insgesamt scheint mir das gut gelungen zu sein. Ich bin seit acht Monaten wieder als Schulleiter tätig und erlaube mir deshalb, zwei Punkte zu ergänzen. Erstens: Die Problematik von herausfordernden Kindern und Situationen besteht zunehmend und ist komplexer geworden. Zwar versuchen Fachpersonen und engagierte Personen vor Ort, ihr Bestmögliches zu geben. Aber die Grenzerfahrungen und Schwierigkeiten werden immer grösser. Der zweite Punkt bei der Schulentwicklung im Kanton Luzern ist mir grundsätzlich wichtig, auch im Rahmen des Projektes «Schule für alle». Wie jüngst anlässlich einer Konferenz gehört und als zentrale Erkenntnis festgehalten, ist die koordinierte gemeinsame Schulentwicklung im Kanton Luzern sehr zentral und soll es auch bleiben. Diesbezüglich hat sich der zuständige Regierungsrat bereits zustimmend geäussert. Im Interesse aller Beteiligten benötigen wir im Kanton Luzern keine Schnellschüsse, sondern gut vorbereitete, breit akzeptierte Lösungen.

Martin Wicki: Der Begriff Kleinklasse ist wahrscheinlich nicht gut gewählt beziehungsweise

mit einem schlechten Charisma behaftet. Dem ist so. Wichtiger ist aber die Tatsache, dass auf dem Kessel Bildung richtig viel Druck lastet. Diese Situation muss mit geeigneten Massnahmen verbessert werden. Entstehende Konflikte sind auf Situationen der Kinder und Lehrerschaft zurückzuführen, die in diesem Moment vielleicht überfordert, unterfordert oder mit etwas nicht ganz einverstanden sind. Hier geht es nicht um Behinderte, sondern um Kinder, die in diesem Moment vielleicht einfach überfordert sind. Das soll kein Angriff auf das Lehrpersonal und Schüler oder Eltern sein. Es muss ja zu einem Konflikt kommen, wenn das Gefälle in der Klasse so gross ist. Bei dieser Art von Integration ist das klar. Es muss eine homogenere Klassenstruktur erzielt werden können. Ob dies Kleinklasse, Projektklasse oder wie auch immer heisst, ist dabei nicht so wichtig. Zugunsten der Lehrerschaft und vor allem der Kinder muss schnell eine Lösung her. Oft ist auch zu beachten, dass sich Probleme schnell und massiv aufschaukeln. So kann es in einer Klasse schnell zu einem Flächenbrand kommen, der schwieriger zu regeln ist und viele Ressourcen benötigt. Eigentlich sollte es aber gar nicht so weit kommen. Die Früherkennung wäre schon vorhanden, die entsprechenden Werkzeuge fehlen aber im Moment. Verhaltensauffälligkeiten sind meistens nicht von Gott gegeben, sondern eine versteckte Art des Kindes, eine Botschaft zu übermitteln, wie beispielsweise die Überforderung oder Unterforderung in gewissen Situationen. Das Postulat ist ein Prüfauftrag zum Handeln. Es ist völlig zweitrangig, wie immer auch die Klasse oder Lösung heissen soll. Wichtig ist, dass wir Farbe bekennen und zu den seit Langem erkannten Schwierigkeiten der absoluten Integration stehen. Es gibt sehr gute Beispiele, die funktionieren. Das ist toll. Es gibt aber auch die anderen, bei denen die Auswirkungen auf die Klasse sehr gross oder zu gross sind. In diesen Fällen muss es möglich sein zu handeln. Es ist eine Tatsache, dass die Jugendlichen nicht mehr gut auf die raue Berufswelt vorbereitet sind. Die Wirtschaft teilt diesen Eindruck ebenfalls. Der Fokus fehlt. Deshalb braucht es Gegensteuer. Das muss unser Ziel sein. Die SVP-Fraktion empfiehlt, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Der grosse Anstieg der Zahl von Kindern und Lernenden mit herausforderndem Verhalten belastet das Schulfeld und stellt die Lehrpersonen und das ganze Umfeld vor grosse Herausforderungen, wie insbesondere Gaudenz Zemp und Angelina Spörri darauf hingewiesen haben. Bei den Lehrpersonen stelle ich eine gewisse Integrationsmüdigkeit fest. Massnahmen sind nötig, wir müssen aber Justierungen vornehmen und keine Brüche, denn insgesamt ist die Integration ein Erfolgsmodell, wie es Urban Sager auch richtig gesagt hat. Wir integrieren heute Lernende, von denen wir vor zehn Jahren noch gesagt hätten, das sei nicht möglich. Heute ist das überhaupt kein Problem mehr. Wo stehen wir? Wir integrieren bei Weitem nicht generell. Aktuell integrieren wir 50 Prozent der Kinder. Von einer absoluten Integration, wie von Martin Wicki erklärt, sind wir also weit entfernt. Bei unseren Kriterien geht es darum, was das Beste für das Kind ist. Grenzen entstehen dann, wenn der Lernerfolg dieses Kindes oder der Lernerfolg aller anderen Kinder gefährdet ist oder wenn der Koordinationsaufwand übermässig steigt. Diesbezüglich sind wir uns wahrscheinlich einig. Die Kleinklassen, die Sie sich vorstellen, scheinen mir doch ein bisschen romantisierend zu sein, denn sie funktionieren heute nicht mehr. Sie sind tatsächlich stigmatisierend, was praktisch durch alle Studien bestätigt wird. Eine Beschulung in der Kleinklasse raubt den betroffenen Kindern Erfolgchancen. Insbesondere Urs Christian Schumacher und Gaudenz Zemp haben das anders dargestellt. Kleinklassen sind aber auch pädagogisch schlecht, wie von Angelina Spörri richtig gesagt. Gerade verhaltensauffällige Kinder benötigen den Vergleich mit den übrigen Lernenden, speziell im Bereich der Autismus-Spektrum-Störungen (ASS). Es geht nicht, eine Klasse nur mit ASS-Kindern zu führen. Der Betreuungsaufwand in einer Kleinklasse wäre ausserdem

genauso immens. Sie können nicht einfach eine Lehrperson vor die Klasse stellen und glauben, dass das funktioniert, sondern es werden zahlreiche Fachleute aus diversen Fachgebieten benötigt, um der Herausforderung gerecht zu werden. Kleinklassen wären deshalb auch wesentlich teurer. Hier geht es aber nicht um die finanzielle Diskussion, sondern um die pädagogische. Trotzdem mache ich gerne auch etwas Regionalpolitik. Eine Kleinklasse wäre heute für die ganz grosse Mehrheit der Gemeinden nicht mehr organisierbar, da sie zu wenig Kinder haben. Wenn eine Jahrgangsklasse mit ausschliesslich verhaltensauffälligen Kindern gefüllt werden soll, braucht es eine sehr grosse Schule, um dies betrieblich überhaupt realisieren zu können. Wir sind uns einig, dass die Integration Grenzen hat und es Massnahmen braucht, insbesondere im Bereich Verhalten und sozio-emotionale Entwicklung. Das hat Daniel Rüttimann richtig gesagt. Gemäss Gerda Jung ist auch Innovation gefragt, sie hat das Beispiel Schötz genannt. Zudem braucht es wie von Irina Studhalter erklärt Flexibilität. Die Regierung hat eine Antwort darauf, sie entspricht dem Postulat P 652 von Andy Schneider. Wir setzen auf die Time-in-Angebote, auch Schulinseln genannt. Schulinseln ermöglichen den Lernenden, in schwierigen Phasen aus dem Klassenverband genommen zu werden und in einer geschützten Umgebung zur Ruhe zu kommen. Diese Schulinseln müssen offen sein, das ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Öffnungszeiten auch stimmen. Wie von Gaudenz Zemp richtig gesagt: Ob eine Situation eskaliert, richtet sich nicht nach dem Stundenplan, sondern das kann zu jedem Zeitpunkt geschehen. Die Schulinsel hat insbesondere folgende Vorteile, und diesbezüglich richte ich mich speziell an Urs Christian Schumacher: Die Kinder bleiben im Klassenverband, es findet also keine Stigmatisierung statt. Die Lernenden bleiben am eigenen Ort, sie können sich also auch gesellschaftlich am eigenen Ort aufhalten. Es gibt ein Auffanggefäss, von dem alle profitieren können, auch jene Kinder, die sich in einer schwierigen Phase befinden und grundsätzlich nicht in einer Kleinklasse beschult würden. Das ist ein sehr wichtiger Vorteil. Die Schulinseln haben sich bewährt, und die Gemeinden haben entsprechend viel Erfahrung damit. Ich konnte selbst entsprechende Schulinseln besuchen, die wirklich gut funktionieren. Diese Schulinseln sind zudem finanzierbar. Schauen Sie unser Paket zur Attraktivierung des Lehrberufs an und was diese Massnahme kostet. Last but not least ein ganz wichtiger Punkt: Die Schulinseln sind mit dem Sonderpädagogikkonkordat konsistent. Das hat der Kantonsrat mit dem Beitritt dazu entschieden. Der Grundsatz dieses Konkordates ist klar: Integration vor Separation. Diesen übergeordneten Bedingungen müssen wir genügen. Wir sind uns also einig, dass Massnahmen und eine Entlastung des Schulfelds nötig sind, und zwar schnell. Verzögern Sie also diesen Prozess nicht. Ermöglichen Sie uns die Einführung der Schulinseln. Wenn wir heute einen Prüfauftrag erhalten, ist das ein Querschläger, der andere Prozesse gefährden könnte. Lassen Sie uns gemeinsam die Reihen hinter der Idee der Time-in-Angebote schliessen. Das vorliegende Postulat führt aber in eine Sackgasse, deshalb bitte ich um Ablehnung.

Der Rat lehnt das Postulat mit 59 zu 42 Stimmen ab.